



BERENBERG

PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Volkswirtschaft, 07.03.2022

Makroausblick 2022

Jan | Feb | **Mrz** | Apr | Mai | Jun | Jul | Aug | Sep | Okt | Nov | Dez



Wichtige Informationen und Hinweise



BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Bei dieser Information handelt es sich um eine Marketingmitteilung. Bei diesem Dokument und bei Referenzen zu Emittenten, Finanzinstrumenten oder Finanzprodukten handelt es sich nicht um eine Anlagestrategieempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 34 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 oder um eine Anlageempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 35 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 jeweils in Verbindung mit § 85 Absatz 1 WpHG. Als Marketingmitteilung genügt diese Information nicht allen gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen und unterliegt keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen. Diese Information soll Ihnen Gelegenheit geben, sich selbst ein Bild über eine Anlagemöglichkeit zu machen. Es ersetzt jedoch keine rechtliche, steuerliche oder individuelle finanzielle Beratung. Ihre Anlageziele sowie Ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse wurden ebenfalls nicht berücksichtigt. Wir weisen daher ausdrücklich darauf hin, dass diese Information keine individuelle Anlageberatung darstellt. Eventuell beschriebenen Produkte oder Wertpapiere sind möglicherweise nicht in allen Ländern oder nur bestimmten Anlegerkategorien zum Erwerb verfügbar. Diese Information darf nur im Rahmen des anwendbaren Rechts und insbesondere nicht an Staatsangehörige der USA oder dort wohnhafte Personen verteilt werden. Diese Information wurde weder durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft noch durch andere unabhängige Experten geprüft. Die in diesem Dokument enthaltenen Aussagen basieren entweder auf eigenen Quellen des Unternehmens oder auf öffentlich zugänglichen Quellen Dritter und spiegeln den Informationsstand zum Zeitpunkt der Erstellung der unten angegebenen Präsentation wider. Nachträglich eintretende Änderungen können in diesem Dokument nicht berücksichtigt werden. Angaben können sich durch Zeitablauf und/oder infolge gesetzlicher, politischer, wirtschaftlicher oder anderer Änderungen als nicht mehr zutreffend erweisen. Wir übernehmen keine Verpflichtung, auf solche Änderungen hinzuweisen und/oder eine aktualisierte Information zu erstellen. Frühere Wertentwicklungen sind kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung.

Zur Erklärung verwendeter Fachbegriffe steht Ihnen auf www.berenberg.de/glossar ein Online-Glossar zur Verfügung.

Datum: 07.03.2022

- **Konjunktur und Wachstum:** Der Russland-Ukraine-Krieg überschattet derzeit alles. Kurzfristig dürfte der Kriegsschock auf die Stimmung von Verbrauchern und Investoren drücken. Der Krieg ist eine weitere Belastung für die Wirtschaft und tritt zu der anhaltend hohen Inflation und den Lieferengpässen hinzu. Die Sanktionen treffen hauptsächlich Russland, können aber in geringerem Umfang auch in der Eurozone konjunkturelle Bremsspuren hinterlassen. Hingegen scheint die Pandemie ihren Schrecken zu verlieren. Die Omikron-Variante ist inzwischen offenbar eher die Lösung des Corona-Problems, als dass sie zu neuen Verwerfungen in Wirtschaft und Gesellschaft führt. Mittel und längerfristig bleibt der Konjunkturausblick aus fundamentaler Sicht positiv. Die Kassen der Haushalte und Unternehmen sind gut gefüllt. Genug Geld für einen erneuten Aufschwung ist vorhanden.
- **Inflation:** Der Preisauftrieb hält an. Der Russland-Ukraine-Krieg verschärft die Lage bei den Energiepreisen. Auch andere Rohstoff- und die Lebensmittelpreise können steigen (die Ukraine ist ein wichtiger Produzent und Exporteur von Lebensmitteln). Selbst wenn die Inflationsraten im Jahresverlauf wieder moderat sinken sollten, werden sie nicht auf das sehr niedrige Niveau der 2010er Jahre zurückkehren. Strukturelle Gründe wie die stärkere Bepreisung von CO₂-Emissionen und die zunehmende Knappheit von Arbeitskräften (steigender Lohndruck) sprechen für anhaltend höhere Inflationsraten. Die Zentralbanken straffen ihre Geldpolitik deshalb.
- **Geldpolitik:** Die aktuell hohe Inflation zwingt die Zentralbanken zur geldpolitischen Wende, allen voran die US-Fed. Mit Blick auf den Russland-Ukraine-Krieg ist die Frage, ob die Zentralbanken nun doch wieder zögerlicher werden. Wir gehen davon aus, dass der grundsätzliche Pfad beibehalten wird. Die Fed dürfte im März einen Zinsschritt um 25 Basispunkte machen.
- **Zinsen:** Schon lange gibt es Gründe für eine Trendwende bei den Kapitalmarktzinsen. Bisher haben die Zentralbanken mit ihren Anleihekäufen die Zinswende verhindert. Da sich die Währungshüter angesichts der gestiegenen Inflationsraten aus den Anleihemärkten zurückziehen müssen, stehen die Chancen für eine echte Zinswende so gut wie lange nicht – der Anfang ist bereits gemacht. Allerdings: Der Russland-Ukraine-Krieg sorgt für Flucht in Sicherheit, also in Staatsanleihen. Es gibt deshalb eine Gegenbewegung.

Russland-Ukraine-Krieg erfordert Neubewertung

Der russische Einmarsch in die Ukraine hat Folgen für das Wirtschaftsklima und die Energie-, Lebensmittel- sowie manche Rohstoffpreise. Dadurch verändert sich der Ausblick: Es drohen wesentlich höhere Preise und zeitweilig deutlich weniger Wachstum. Europa dürfte wegen seiner geographischen Nähe erheblich stärker betroffen sein als die USA. Angesichts der großen Ungewissheiten ist die Bandbreite der denkbaren Folgen ausgesprochen groß. Wir ändern aufgrund der neuen Lage unsere Prognosen.

Für die Eurozone reduzieren wir unsere Wachstumsprognose 2022 von 4,3 % auf 3,3 %. Für Deutschland erwarten wir nur noch ein Wachstum von 2,8 % statt bisher 3,8 % und für Großbritannien 4,0 % statt 4,8 %. Die Auswirkungen für die USA dürften gering ausfallen (3,8 % statt 3,9 %).

Unsere Inflationsprognosen steigen für dieses Jahr deutlich an: für die USA von 6,0% auf 6,8%, für die am stärksten betroffene Eurozone von 3,5% auf 5,9% und für das Vereinigte Königreich von 5,8% auf 6,4%. Damit setzt sich die Phase kräftig steigender Preise fort.

Wir erwarten keine Finanzkrise. Erhöhte Unsicherheit beunruhigt die Märkte. Aber eine echte Finanzkrise, bei der die Geld- oder Kreditmärkte zusammenbrechen, bleibt sehr unwahrscheinlich.

Unsere Einschätzung zum Vorgehen der Zentralbankzinsen ändern wir nicht. Angesichts der noch höheren Inflation und der ungewöhnlichen Unsicherheit werden die Zentralbanken mit Vorsicht vorgehen. Dennoch werden sie ihre unorthodoxen Maßnahmen im Laufe der Zeit deutlich zurückfahren.

Wichtige Termine 07. bis 13. März 2022:

		Datum	Prognose	Konsens	Letzter Wert
Industrieproduktion (Januar)	Deutschland	08.03., 08:00	0,0 %	0,5 %	-0,3 %
Leitzins	Eurozone	10.03., 13:45	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Inflation (Februar, Vorjahresvergleich)	USA	10.03., 14:30	7,8 %	7,9 %	7,5 %

Eurozone

Die Inflationsrate stieg im Februar von 5,1 % auf 5,8 % (Vorjahresvergleich) und lag damit deutlich über dem Konsens von 5,4 %. Wie zuvor war die Inflation bei den Energiepreisen mit Abstand am höchsten. Sie stiegen um 31,7 % im Vergleich zum Vorjahr, nach 28,8 % im Januar. Die Energiekomponente trug weiterhin etwa die Hälfte zur jährlichen Veränderung des Preisniveaus bei. Die Preise für Industriegüter ohne Energie stiegen im Februar um 3,0 % gegenüber dem Vorjahr und damit deutlich schneller als im Januar (2,1 %). Wegen des Russland-Ukraine-Krieges drohen noch höhere Preise.

USA

Der ISM-Index für den Dienstleistungssektor ging im Februar um 3,4 Punkte auf 56,5 Punkte zurück und erreichte damit den niedrigsten Stand seit zwölf Monaten. Damit liegt der Index allerdings weiterhin im expansiven Bereich von >50, was darauf hindeutet, dass die Wirtschaftstätigkeit im Februar weiter zunahm, allerdings langsamer als noch im Januar. Die Indizes für die Geschäftstätigkeit und die Auftragseingänge fielen auf ein Zwölfmonatstief von 55,1 bzw. 56,1. Ferner stieg der Produktionsindex um 0,7 auf 58,5 Punkte, was zum Teil auf eine Abschwächung des Arbeitskräftemangels im produzierenden Gewerbe im Zusammenhang mit der Omikron-Variante zurückzuführen ist.

Deutschland

Die Inflation in Deutschland stieg laut harmonisiertem Verbraucherpreisindex (HVPI) im Februar auf 5,5 % (Vorjahresvergleich) und lag damit leicht über dem Konsens von 5,4 %. Im Januar war die Inflation von 5,7 % auf 5,1 % gefallen. Die Kern-Inflation stieg leicht auf 3,0 %.

Nach deutscher Berechnungsweise liegt die Inflationsrate mit 5,1 % etwas niedriger. Die Energiepreise sind nach wie vor die Hauptursache für die hohe Gesamtinflation (+22,5 %). Die Nahrungsmittelpreise haben um 5,3 % zugelegt.

China

China steht vor einigen Herausforderungen: Die Rolle in den globalen Lieferketten dürfte zurückgestutzt werden. Das harte Durchgreifen gegen Teile des Technologiesektors könnte mit der Zeit ebenfalls schaden. Finanzielle Probleme in Chinas überschuldetem Immobiliensektor stellen weitere Herausforderungen dar.

Angesichts des Russland-Ukraine-Krieges wird China nun noch stärker unter geopolitischen Gesichtspunkten beobachtet werden. Wie werden sich Russland und China künftig zueinander verhalten?

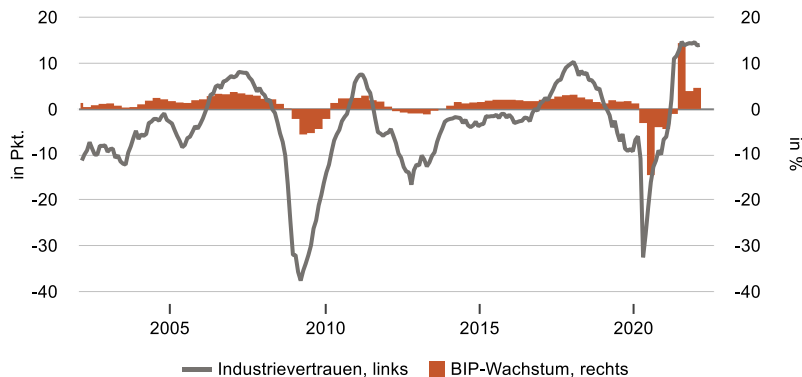
Eurozone

Konjunktur- und Preisentwicklung

Inflation in der Eurozone steigt deutlich an

- Die Inflation stieg im Februar von 5,1 % auf 5,8 % im Jahresvergleich und lag damit deutlich über der Konsenserwartung von 5,4 %.
- Wie zuvor war die Inflation bei den Energiepreisen mit Abstand am höchsten. Die Preise stiegen um 31,7 % im Vergleich zum Vorjahr, nach 28,8 % im Januar.
- Die Energiekomponente trug weiterhin etwa die Hälfte zur jährlichen Veränderung des Preisniveaus bei.
- Die Preise für Industriegüter ohne Energie stiegen im Februar um 3,0 % gegenüber dem Vorjahr und damit deutlich schneller als im Januar (2,1 %).

Eurozone BIP-Wachstum und Industrievertrauen



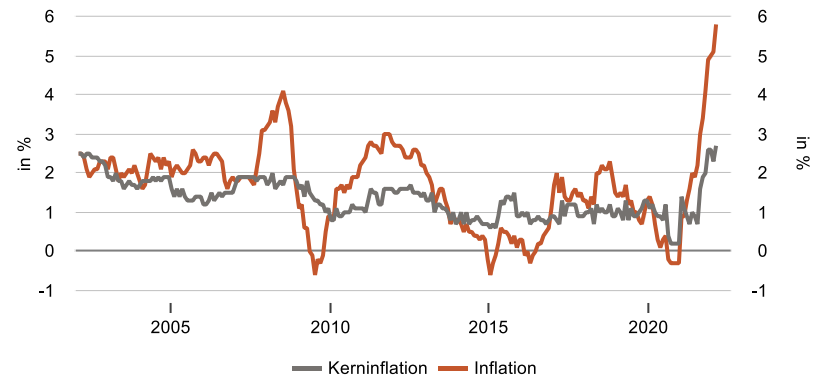
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 02/2002 – 02/2022

Sanktionen treffen Russland hart

- Die westliche Welt hat auf den Krieg in der Ukraine mit beispiellosen Sanktionen reagiert, die insbesondere die russische Wirtschaft massiv einschränken.
- Dennoch stellt sich auch unweigerlich die Frage nach Konsequenzen für Europa, denn obwohl Russland nur 2,9 % der Warenexporte der Eurozone ausmacht, sind einige europäische Unternehmen in erheblichem Umfang in Russland engagiert.
- Trotz dieser Engagements ist ein plötzlicher Rückgang der Einnahmen aus dem Russland-Geschäft der betroffenen Unternehmen als eher geringes Risiko für den Aufschwung in der Eurozone zu werten.

Eurozone Inflation (ggü. Vorjahr)



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 01/2002 – 01/2022

Deutschland

Konjunktur- und Preisentwicklung

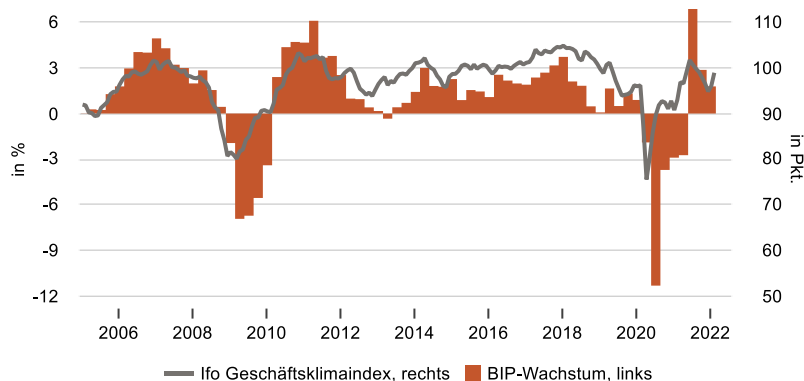
Inflation in der Eurozone steigt deutlich an

- Die Inflation in Deutschland stieg laut harmonisiertem Verbraucherpreisindex (HVPI) im Februar auf 5,5 % (Vorjahresvergleich) und lag damit leicht über dem Konsens von 5,4 %. Im Januar war die Inflation von 5,7 % auf 5,1 % gefallen. Die Kern-Inflation stieg leicht auf 3,0 %.
- Nach deutscher Berechnungsweise liegt die Inflationsrate mit 5,1 % etwas niedriger. Die Energiepreise (+22,5 %) sind nach wie vor die Hauptursache für die hohe Gesamtinflation. Die Nahrungsmittelpreise haben um 5,3 % zugelegt.

Frühindikatoren noch auf Erholungskurs

- Der Ifo-Geschäftsklimaindex stieg im Februar auf 98,9 von 95,7 im Januar und lag damit deutlich über den von Reuters prognostizierten 96,5. Auch der ZEW-Index hat sich positiv entwickelt.
- Auch wenn die Pandemie nun ihren Schrecken verlieren dürfte: Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine belastet vorerst die Stimmung bei Verbrauchern und Unternehmen. Vorläufig führt das zu einer nur begrenzten Aussagekraft der positiven Konjunkturindikatoren, denn diese waren vor der Eskalation der Russland-Ukraine-Krise erhoben worden. Es wird also noch etwas dauern, bis die Indikatoren die aktuelle Lage erfassen.

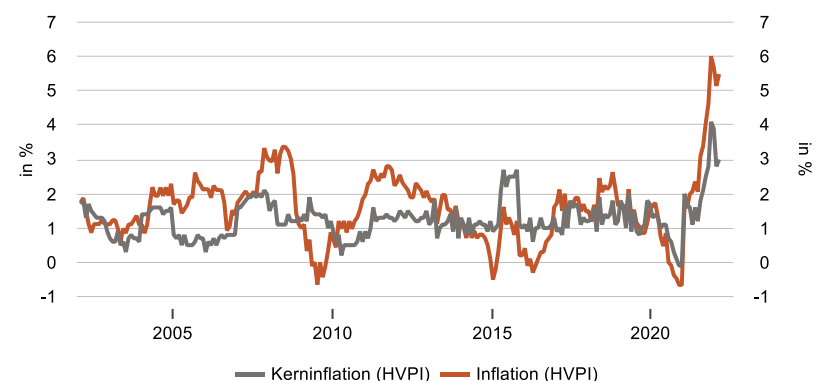
Deutsches BIP und Ifo Geschäftsklima



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 02/2006 – 02/2022

Deutschland Inflation (ggü. Vorjahr)



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 02/2001 – 02/2022

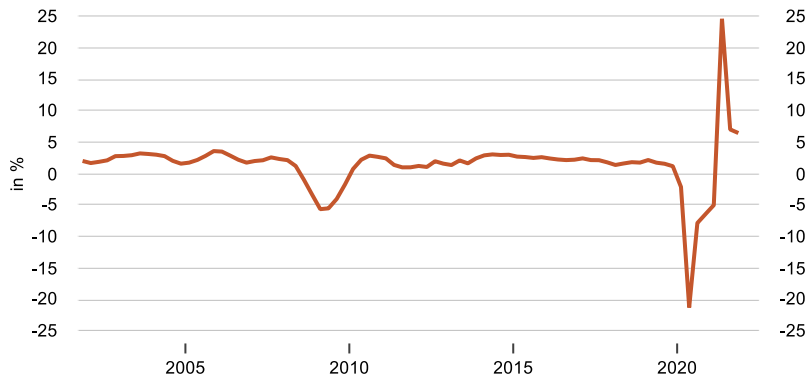
Großbritannien

Konjunktur- und Preisentwicklung

Höhere Energiepreise belasten Realeinkommen

- Steigende Inflation (hohe Energiepreise), globale Versorgungsprobleme und die Brexit-Situation des Vereinigten Königreichs könnten auf das Wachstum drücken. Die Nachfrage und die Fundamentaldaten sind jedoch stark, was ein grundsätzlich positives Umfeld für 2022 darstellt.
- Verschärft durch die russische Invasion in der Ukraine, schaden die steigenden Energiepreise den Realeinkommen und dem privaten Verbrauch. Der negative Einfluss des Krieges auf das Vertrauen könnte die Erholung im zweiten und dritten Quartal bremsen oder aufhalten.

Großbritannien BIP-Wachstum (ggü. Vorjahr)



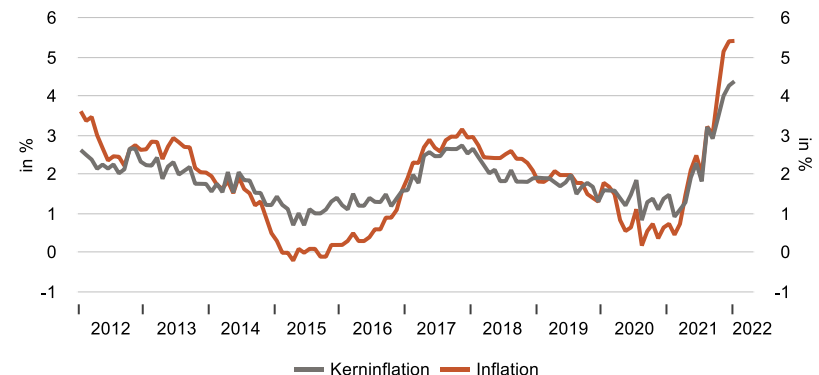
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 12/2001 – 12/2021

Bank of England zieht die Zügel an

- Die Bank of England hat den Leitzins auf ihrer letzten Sitzung wie erwartet um 25 Basispunkte auf 0,5 % erhöht und die Geldpolitik auch über die Anleihekäufe gestrafft. Rückflüsse auf fällig werdende Anleihen werden nicht mehr reinvestiert („passive“ Straffung).
- Wir erwarten zwei weitere Zinsschritte im Mai und August, sodass der Leitzins Ende 2022 bei 1,0 % stehen würde sowie jeweils zwei Zinsschritte je 25 Basispunkte für die Jahre 2023 und 2024. Ob der Russland-Ukraine-Krieg Folgen für den geldpolitischen Kurs hat, dürfte die nächste Sitzung der Zentralbank am 17. März zeigen.

Großbritannien Inflation (ggü. Vorjahr)



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 01/2012 – 01/2022

USA

Konjunktur- und Preisentwicklung

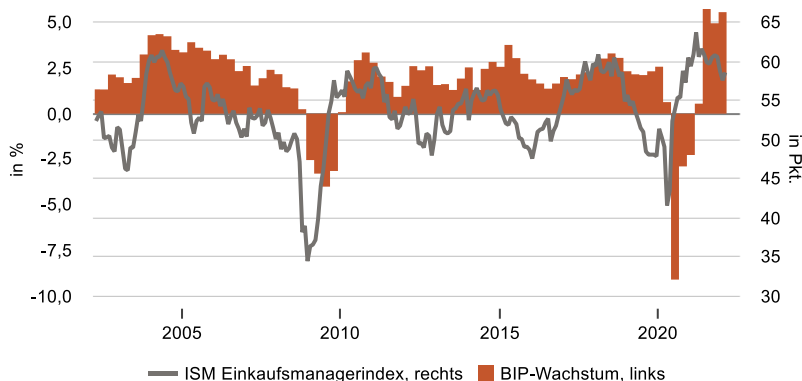


BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

ISM-Index im Februar rückläufig

- Der ISM-Index für den Dienstleistungssektor ging im Februar um 3,4 Punkte auf 56,5 Punkte zurück und erreichte damit den niedrigsten Stand seit zwölf Monaten. Damit liegt der Index allerdings weiterhin im expansiven Bereich von >50, was darauf hindeutet, dass die Wirtschaftstätigkeit im Februar weiter zunahm, allerdings langsamer als noch im Januar.
- Der Rückgang im Februar spiegelt die anhaltenden Auswirkungen der Omikron-Welle auf den US-Dienstleistungssektor wider, die den Arbeitskräftemangel verschärften, die Versorgungsgengpässe verstärkten und die Wirtschaftsaktivität vor Ort belasteten.

USA BIP-Wachstum und Einkaufsmanagerindex



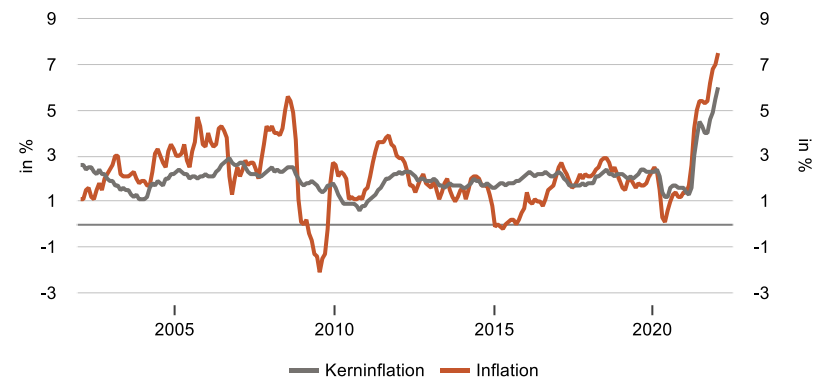
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 02/2001 – 02/2022

Arbeitsmarktbericht: Beschäftigung steigt weiter

- Die Zahl der Beschäftigten stieg im Februar um 678.000. Der Januar-Wert wurde auf 481.000 nach oben korrigiert. Sowohl die Warenproduktion (+105.000) als auch der Dienstleistungssektor (+549.000) lieferten positive Zahlen.
- Die Arbeitslosenquote sank um 0,2 Prozentpunkte auf 3,8 % und damit auf den niedrigsten Stand seit Februar 2020.
- Arbeitsmarktindikatoren, die die Beschäftigung tendenziell benachteiligter Gruppen erfassen und die von den politischen Entscheidungsträgern aufmerksam verfolgt werden, haben sich im Februar allgemein verbessert.

USA Inflation (ggü. Vorjahr)



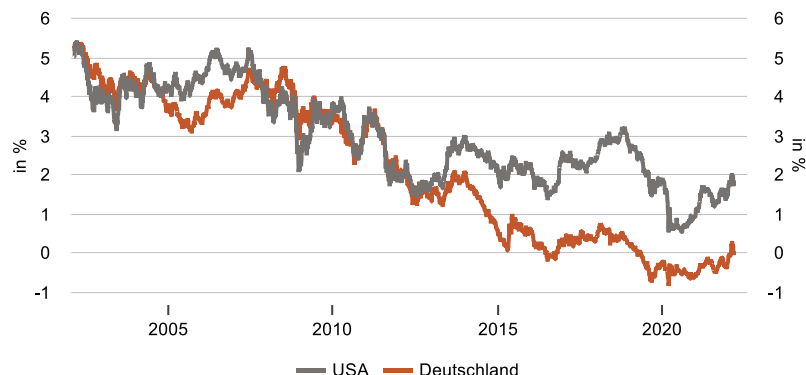
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 01/2002 – 01/2022

„Safe haven“-Währungen gefragt

- Der Russland-Ukraine-Krieg hat den Trend wieder klar gegen den Euro gewendet. Die klassischen „Safe haven“-Währungen werden gesucht. US-Dollar, Schweizer Franken und Japanischer Yen werten auf.
- Der Euro ist inzwischen unter die Marke von 1,10 US-Dollar je Euro gefallen und zum Schweizer Franken sogar auf die kaum für möglich gehaltene Parität. Die EZB wird nun trotz der abermals gestiegenen Inflationsrate wohl wieder „auf Sicht“ fahren und dem Eurokurs kaum Impulse geben können. Neue Einsichten könnte die EZB-Sitzung am kommenden Donnerstag (10. März) bringen.

Rendite 10-jähriger Staatsanleihen



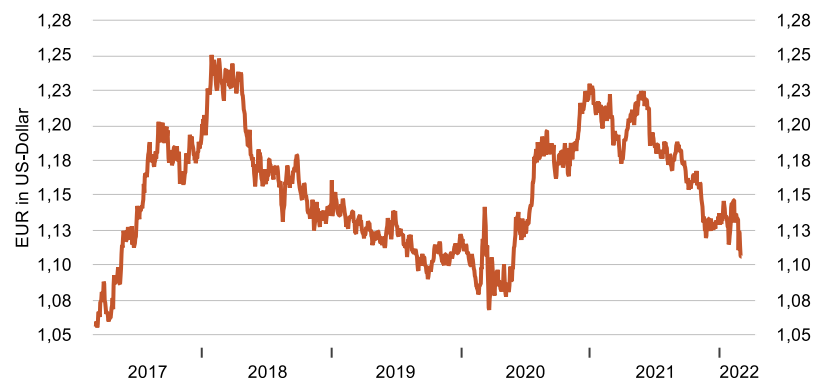
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 03/2002 – 03/2022

Harte Finanzsanktionen gegen Russland

- Die westliche Welt hat Russland mit beispiellosen wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen belegt. Dazu gehört das Einfrieren von Vermögenswerten der russischen Zentralbank und der Ausschluss einiger wichtiger russischer Banken vom SWIFT-System. Das Einfrieren hat die Fähigkeit, den Rubel durch direkte Interventionen auf den Devisenmärkten zu stabilisieren, drastisch eingeschränkt. Die Zentralbank hat den Leitzins von 9,5 % auf 20 % erhöht.
- Der Rubel wurde durch die Sanktionen stark getroffen und hat seit Kriegsausbruch über 30 % gegenüber dem US-Dollar verloren.

Wechselkurs EUR/US-Dollar



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 03/2017 – 03/2022

Kapitalmarktprognosen



BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

			Aktuell	Prognose	
			04.03.2022	30.06.2022	31.12.2022
Aktienmärkte	USA	S&P 500	4.328	4.850	4.950
		DAX	13.094	16.500	17.000
	Europa	EURO STOXX 50	3.556	4.400	4.600
		MSCI Großbritannien	1.999	2.125	2.200
Rentenmärkte	USA	Fed Funds	0,00-0,25	0,75-1,00	1,50-1,75
		10 Jahre	1,74	2,10	2,60
	Euroland	Hauptrefinanzierungssatz	0,00	0,00	0,25
		10 Jahre*	-0,02	0,30	0,70
	Großbritannien	Bank Rate	0,50	0,75	1,00
		10 Jahre	1,24	1,40	1,90
Währungen	USA	EUR/USD	1,09	1,14	1,18
	Schweiz	EUR/CHF	1,01	1,05	1,08
	Großbritannien	EUR/GBP	0,82	0,85	0,85
	Japan	EUR/JPY	127	128	129

*Bundesanleihen.



Wirtschaftliches Umfeld

	BIP					Inflation				Arbeitslosenquote				Saldo Staatshaushalt			
	Anteil	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
Welt*	100,0	5,7	3,9	3,5	2,9												
USA	24,5	5,7	3,8	3,1	2,7	4,7	6,8	3,9	3,2	5,4	3,6	3,3	3,4	-12,8	-6,7	-5,0	-4,0
China	16,4	8,1	4,8	4,7	4,3	0,9	1,9	2,3	2,3	3,9	3,8	3,6	3,5	-5,0	-4,0	-3,0	-2,0
Japan	5,8	1,7	2,9	2,4	1,5	-0,2	0,9	0,7	0,7	2,8	2,6	2,4	2,3	-8,5	-6,5	-5,3	-4,0
Indien	3,3	9,0	9,0	6,8	6,7									-10,0	-9,1	-8,4	-8,0
Lateinamerika	5,9	4,6	3,0	2,9	2,4									-5,7	-4,5	-4,2	-3,9
Europa	24,4	5,3	3,0	2,8	2,2												
Eurozone	15,3	5,2	3,3	3,3	2,3	2,6	6,1	2,3	2,3	7,7	6,7	6,2	5,6	-6,8	-5,0	-3,5	-2,5
Deutschland	4,4	2,9	2,8	3,5	2,3	3,2	5,6	2,6	2,5	3,5	2,9	2,6	2,4	-4,3	-2,9	-2,0	-1,4
Frankreich	3,1	7,0	3,5	3,0	2,4	2,1	4,5	2,2	2,3	7,9	7,1	6,7	5,8	-8,1	-5,0	-3,5	-2,5
Italien	2,3	6,5	3,3	2,6	1,6	1,9	6,0	2,0	2,1	9,5	8,7	8,2	7,3	-10,5	-5,8	-2,6	-1,7
Spanien	1,6	5,0	5,1	4,2	2,3	3,0	6,4	1,9	2,2	14,8	12,6	11,5	10,3	-8,0	-5,4	-3,6	-3,0
Portugal	0,3	4,9	4,8	3,0	2,3	0,9	4,6	2,5	2,4	6,6	5,5	5,2	4,8	-4,8	-3,0	-1,8	-1,5
Anderes Westeuropa																	
Großbritannien	3,2	7,5	4,0	2,8	2,4	2,6	6,4	2,7	2,3	4,5	3,8	3,2	3,0	-9,0	-3,5	-2,5	-2,0
Schweiz	0,8	3,5	2,0	2,0	1,5	0,8	3,6	1,5	0,9	3,5	3,4	3,2	3,0	-3,4	-0,7	-0,1	-0,1
Schweden	0,6	3,1	2,0	2,8	2,2	2,6	4,7	2,4	2,0	8,7	8,4	7,7	7,2	-3,9	-1,8	-0,2	0,1
Osteuropa																	
Russland	1,9	3,8	-1,0	0,0	1,0	4,5	23,0	12,0	6,0	5,4	6,0	6,0	5,0	-0,8	-4,0	-3,0	-2,0
Türkei	0,9	6,0	3,5	3,0	2,5	18,5	21,0	15,0	11,0	12,4	11,0	9,0	8,8	-5,7	-6,1	-6,1	-6,0

Quelle: Arbeitslosigkeit: ILO/Eurostat Definition; Saldo Staatshaushalt in % des BIP.

* Zu tatsächlichen Wechselkursen, nicht Kaufkraftparität, KKP würde den schnell wachsenden Schwellenländern mehr Gewicht beimessen.

Anteile basieren auf BIP-Zahlen des IWF World Economic Outlook 2020.